



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 4. 7. 2013

Anfrage

An Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Tariferhöhungen im Steirischen Verkehrsverbund – Vertragliche Grundlage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am Montag, dem 1. 7. 2013, wurden die Tarife für den öffentlichen Verkehr gleich um fünf Prozent erhöht. Bereits vor zwei Jahren, bei der Gemeinderatssitzung am 14. April 2011, wurde ein von mir eingebrachter Dringlichkeitsantrag, der sich gegen die jährliche Tariferhöhung im steirischen Verkehrsverbund aussprach, im Grazer Gemeinderat mehrheitlich beschlossen. Zu einem Umdenken hat dieser Beschluss – wie man sieht – bis heute nicht geführt. Dass den Fahrgästen nun auch heuer wieder eine gewaltige Tariferhöhung beschert wurde, empört nicht nur die GrazerInnen.

Die Argumentationslinie, die Tariferhöhung sei keine politische, sondern eine betriebswirtschaftliche Entscheidung aller im Verbund vereinten Unternehmen und basiere auf einer vertraglichen Grundlage, die vor der aktuellen Gemeinderatsperiode vereinbart wurde, lasse ich jedoch nicht gelten. Es liegt an den Verantwortlichen bei Stadt und Land, die den Verkehrsbetreibern vertraglich zugestandenen jährlichen Erhöhungen von bis zum 1,75fachen der Inflationsrate massiv zu bekämpfen. Diese Verträge sind ja nicht in Stein gemeißelt und die Verantwortlichkeit gehört wieder in die Hände es Gemeinderates gelegt, wie mehrheitlich auch beschlossen! Dass der öffentliche Verkehr durchaus billiger angeboten werden kann, zeigen uns Estland mit Tallin und Frankreich mit Aubagne vor. Dort sind die Öffis sogar gratis!

Auch die Finanzierung in Form einer Nahverkehrsabgabe nach dem Vorbild der Wiener U-Bahn-Steuer wurde von der KPÖ schon seit Jahren eingefordert, bisher jedoch ohne Erfolg, stehen doch die Großparteien in dieser Frage auf der Bremse.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen des KPÖ Gemeinderatsklubs, folgende

A n f r a g e

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass der zuständige politische Referent und die zuständigen Stellen des Magistrats aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe mit den VertreterInnen im Verkehrsverbund in Verhandlungen treten, damit die vertragliche Grundlage des Verkehrsverbundes geändert wird?

Dabei soll insbesondere die Möglichkeit, die Tarife für den Personenverkehr um das bis zu 1,75fache der Inflationsrate anheben zu können, aus der Welt geschafft werden. Die Entscheidung über die Tarifgestaltung des ÖPNV ist nach Auffassung des Gemeinderates vom Beschluss des 14. 4. 2011 eine politische und keine rein betriebswirtschaftliche Frage.